

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 41. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015</b></p>
--

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Golasowski  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Liess  
Herr Gottschalk  
Herr Hamann in Vertretung für Herrn  
Sulimma  
Frau Metschies in Vertretung für Frau  
Kennard  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Herr Hipp in Vertretung für Frau  
Neumeyer  
Herr Imhoff  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Werner  
Frau Dr. Schaefer

**Die Linke**

Herr Arndt

**II      *Verwaltung***

Herr Dr. Sünemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Ver-
Frau Zimmermann	kehr
Frau Windeler	
Herr Eickhoff	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Herr Viering	
Frau Kamp	
Frau Urban	
Herr Polzin	
Herr Musiol	
Frau Humrich	
Frau Gerken	
Herr Imholze	
Herr Dr. Kumpfer	
Herr Dr. Viebrock-Heinken	
Frau Wernick	
Herr Bürger	
Frau Dr. Christiansen	

**III     *Gäste***

Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter
Herr Golinski	Beiratssprecher Walle

**IV     *Gastdeputierte***

Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Saffe	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 41. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Tischvorlagen** liegen vor zu den **TOP 14e)** „Umsetzung des Positionspapiers Kaisenhäuser“, **14f)** „Sachstandsbericht zu den Planungen am Bahnhof Blumenthal“ und **14p)** „Sachstand GEWOS-Gutachten“.

**TOP 14b** „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ wird auf die nächste Sitzung **verschoben**.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

*Einstimmig*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: -Protokoll 18/38 der Sitzung am 21.11.2014 -Protokoll 18/39 der Sitzung am 04.12.2014 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 04.12.2014)	<b>L/S</b>
-------	---	------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.*

*Einstimmig*

TOP 4	<b>Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ im Rahmen der Städtebauförderung</b> Integriertes Entwicklungskonzept - Walle - 72-	Vorlage 18/497
-------	---	-------------------

Herr Golinski berichtet, dass der Zeit- und Maßnahmenplan zusammen mit dem Beirat erarbeitet worden sei und dessen Zustimmung finde. Er betont die Wichtigkeit, neben den bestehenden - unfallträchtigen- Übergängen von dem alten Stadtteil in den neuen Ortsteil Überseestadt weitere Verbindungen zu schaffen. Dies sollte von der Deputation unterstützt werden.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Entwurf des Integrierten Entwicklungskonzeptes Walle mit Maßnahmenplan und der Kosten- und Finanzierungsübersicht zur Kenntnis.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) stimmt der Gebietserweiterung des Fördergebietes Walle und der Programmplanung zu.

Einstimmig

TOP 5	<b>Bebauungsplan 2460 für ein Gebiet in Bremen-Walle, zwischen Steffensweg, Dedesdorfer Straße, Vegesacker Straße und Helgolander Straße</b> - Planaufstellungsbeschluss -62- / -FB 01-	Vorlage 18/484
-------	---	-------------------

**Herr Pohlmann** erinnert an den langen Prozess der Entwicklung dieses Platzes. Er begrüßt, dass der Platz bebaut, aber gleichzeitig auch als öffentlicher Raum gestaltet werde. Dazu gehöre die Dioxinsanierung auf dem ehemaligen Sportplatz. Insgesamt sei das ein guter Entwurf und der Stadtteil habe nach diesen langen Diskussionen eine wichtige Orientierung.

Auch **Herr Werner** hält dies für einen guten Plan. Es werde viel Grün erhalten und auch neues Grün geschaffen. Dadurch bekämen mehr Menschen als vorher einen Zugang zur Natur in der Stadt. Dieser Plan sei ein Gewinn für Walle. Es entstehe eine neue Süd-Nord-Verbindung, der Stadtteil würde sich dadurch weiter in Richtung Überseestadt öffnen.

**Herr Arndt** weist darauf hin, dass am Runden Tisch im Konsens vereinbart war, dass es keine zweite Reihe der Bebauung geben solle. Weil diese nun enthalten sei und damit das Grünkonzept ein ganzes Stück eingeschränkt werde, werde er dieser Vorlage nicht zustimmen.

**Senator Dr. Lohse** stellt klar, dass es dazu keinen Konsens unter allen Beteiligten am Runden Tisch gegeben habe. Er habe dazu im Stadtteil Gespräche geführt. Es habe von Anfang an die Idee der Wohnbebauung gegeben und es sei klar gewesen, dass dabei Rahmenbedingungen zu beachten seien.

**Herr Golinski** begrüßt, dass mit diesem Planaufstellungsbeschluss ein großer Fortschritt erreicht sei. Die Dioxinsanierung sei dabei quasi der Startschuss für alles Weitere. Die Bevölkerung im Bremer Westen warte nun auf den städtebaulichen Entwurf. Dieser werde auch die Fragen nach der Bebauung in der zweiten Reihe beantworten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet für ein Gebiet in Bremen-Walle, zwischen Steffensweg, Dedesdorfer Straße, Vegesacker Straße und Helgolander Straße (Bearbeitungsstand: 02.12.2014) ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Zustimmung gegen die Stimme DIE LINKE

TOP 6	<b>Dedesdorfer Platz - Dioxinsanierung</b> -7-	Vorlage 18/495
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt die Gutachten zur Dioxinsanierung der Sportplatzfläche für die zukünftige öffentliche Grünfläche als Quartiersplatz und des Bunkergrundstücks zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Sanierung der Sportplatzfläche als öffentlichen Quartiersplatz und deren Finanzierung im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie nimmt zur Kenntnis, dass der Eigentümerversorger (SVIT) zustimmt, die Verkaufserlöse anteilig zur Finanzierung der Sanierungskosten der Verkaufsflächen einzusetzen.

Einstimmig

<b>TOP 7</b>	<b>Bebauungsplan 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße</b> - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -FB 01-	Vorlage 18/492
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanentwurfs 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße (Bearbeitungsstand: 15.12.2014) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des Bebauungsplans 2485 für ein Gebiet in Bremen-Walle, Ortsteil Überseestadt, zwischen Konsul-Smidt-Straße, Am Winterhafen und Silbermannstraße (Bearbeitungsstand: 15.12.2014).

Einstimmig

TOP 8	<b>Bebauungsplan 2469 zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche mehrerer Bebauungspläne in Bremen Osterholz</b> - Öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 18/493
-------	---	----------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2469 zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche der Bebauungspläne 629, 644, 1127, 1723, 1972 und 2340 in Bremen-Osterholz (Bearbeitungsstand: 07.01.2015) mit Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2469 zur Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten der Geltungsbereiche der Bebauungspläne 629, 644, 1127, 1723, 1972 und 2340 in Bremen-Osterholz (Bearbeitungsstand: 07.01.2015) mit Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 9	<b>Ortsgesetz über die nochmalige Verlängerung der Geltungsdauer des 163. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop</b> -FB 01-	Vorlage 18/494
-------	---	----------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Ortsgesetz über die nochmalige Verlängerung der Geltungsdauer des 163. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop zu.

Einstimmig

TOP 10	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126)</b> (Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung, Bericht der Deputation) -BBN-	Vorlage 18/488
--------	---	----------------

Herr Arndt weist auf zwei offensichtliche Fehler im Durchführungsvertrag in den §§ 8 und 9 hin. Diese sind zu korrigieren.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) (Bearbeitungsstand: 01.11.2014) abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan 58 (mit Vorhabenplan 58) zum Vorhaben „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Flurstück 162/1 der Flur VR 126) und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um Weiterleitung an den Senat und die Stadtbremische Bürgerschaft.

Einstimmig

TOP 11	<p><b>1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für ein Gebiet in Bremen – Blumenthal mit den Grundstücken</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B</li><li>- Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil)</li><li>- Mühlenstraße von Haus Nr. 106 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße)</li><li>- Wierenstraße Haus Nr. 11</li></ul> <p>(Bericht der Deputation) -BBN-</p>	Vorlage 18/489
--------	---	-------------------

**Herr Strohmann** erklärt, dass sich seine Fraktion dem Votum des Beirats anschließen und gegen diesen Bebauungsplan stimmen werde.

Auch **Herr Arndt** wird dem Bebauungsplan aus diesem Grund nicht zustimmen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie beschließt den Bericht zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 922 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen - Blumenthal mit den Grundstücken Lüssumer Straße von Haus Nr. 95 bis Nr. 105 B, Hakenwehrstraße von Haus Nr. 2 bis Nr. 4, Haus Nr. 22 sowie Flurstück 428/1 der Flur VR 148/1 (rückwärtiger Teil), Mühlenstraße von Haus Nr. 106 bis Nr. 118 sowie Flurstück 431/3 der Flur VR 148/1 (rückwärtig Mühlenstraße) und Wierenstraße Haus Nr. 11 (Bearbeitungsstand: 23.09.2014).*

*Zustimmung gegen die Stimmen von CDU und DIE LINKE*

TOP 12	<b>Bebauungsplan 1247 für ein Gebiet in Bremen - Vegesack zwischen</b> - <b>Beckstraße</b> - <b>Meinert-Löffler-Straße</b> - <b>Aumunder Weidestraße und</b> - <b>Aumunder Friedhof</b> (Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 18/490
--------	---	-------------------

**Herr Arndt** erklärt, dass er auch diesem Plan nicht zustimmen werde. Die Verwaltung beuge sich hier dem Investor. Das Gelände sei sehr sensibel zu handhaben und man könne nicht eine Erschließung direkt an den Wohnzimmern vorbei vornehmen.

**Frau Dr. Schaefer** weist darauf hin, dass heute erst einmal die öffentliche Auslegung beschlossen werde. Im Verfahren würden die Hinweise der Anwohner in die Abwägung einfließen. Es gebe vor Ort von betroffenen Anwohnern sehr deutliche Kritik, insbesondere zur Zuwegung. Deshalb habe die Deputation in der letzten Sitzung darum gebeten, die Nordvariante als Zuwegung zum Baugebiet zu prüfen. Dazu liege die Stellungnahme der Verkehrsabteilung vor. Ein Kritikpunkt der betroffenen Anwohner sei, dass über die Nordvariante die Erreichbarkeit der Haltestellen des ÖPNV besser sei.

Positiv sei hervorzuheben, dass in diesem Verfahren, das im beschleunigten Verfahren durchgeführt werde, eigentlich nicht kompensiert werden müsste. Man habe trotzdem einen qualifizierten Grünordnungsplan eingefordert, der auch sehr gut umgesetzt werde. Es habe mehrere Gespräche mit dem Bauamt, mit dem Umweltressort, mit Landschaftsplanern und auch dem Investor dazu gegeben. Im Ergebnis bleibe der alte Baumsaum, der sich quer durch das Gelände ziehe, bestehen. Sechs Bäume, die auch zum größten Teil beschädigt seien, müssten gefällt werden. Dafür würden aber insgesamt 55 neue Bäume angepflanzt. Die alte Heckenstruktur, die das ganze Baugebiet begrenze, bleibe ebenfalls erhalten und 1,4 Kilometer neue Hecken und Gebüschstrukturen würden angepflanzt werden.

**Herr Pohlmann** berichtet, dass Anwohner und Anwohnerinnen aus dem Wohnquartier alle Deputierten per Mail darum gebeten haben, diesen Tagesordnungspunkt auszusetzen. Er stellt fest, dass mit der öffentlichen Auslegung der Beteiligungsprozess eingeleitet werde und das Verfahren noch lange nicht abgeschlossen sei.

Bremen brauche den Wohnungsbau. Dazu brauche es aber auch Flächen. Es sei angebracht dieses Verfahren auf den Weg zu bringen. Vom Grundsatz her wolle die SPD Wohnbebauung auf den Friedhofserweiterungsflächen des Aumunder Friedhof.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof (Bearbeitungsstand 12.01.2015) einschließlich Begründung zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplans 1247 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Beckstraße, Meinert-Löffler-Straße, Aumunder Weidestraße und Aumunder Friedhof (Bearbeitungsstand 12.01.2015) einschließlich Begründung öffentlich auszulegen ist.*

*Zustimmung bei Enthaltung der LINKEN*



TOP 13	<p><b>Notwendige Gleisersatzbaumaßnahme der Bremer Straßenbahn AG im Jahr 2015</b>  <b>Waller Heerstraße, Waller Bad und Travemünder Straße, einschließlich erforderlicher Grundsanierung der Fahrbahn</b></p> <p><b>Absicherung der von der Stadtgemeinde gemäß Infrastrukturvertrag zu erbringenden Komplementär-mittel, sowie der zusätzlich erforderlichen Straßenbaumittel</b>          -ASV-</p>	Vorlage 18/477
--------	--	-------------------

**Herr Golinski** führt aus, dass der Beirat im Grundsatz die Baumaßnahme der BSAG und die Kanalbaumaßnahmen begrüße. Es gebe aber einen Konflikt bei der Ausführung. Der Beirat wolle den stadtauswärtigen Verkehr mehr berücksichtigen, als den stadteinwärts fahrenden Verkehr. Das sei seitens der BSAG derzeit so nicht vorgesehen. Darüber müsse man reden. Eine dritte Variante wäre, dass man es bei dem heutigen Zustand belasse und nur neue Schienen einbaue. Der Beirat sei der festen Auffassung, dass seine Beschlüsse so umgesetzt werden sollten.

**Herr Senator Dr. Lohse** betont, dass es hier nur um die Mittelbereitstellung für den anschließenden Straßenbau gehe.

**Herr Pohlmann** stellt fest, dass es hier noch unterschiedliche Positionen gebe. Man müsse diese im engen Kontakt mit der Kommunalpolitik beraten. Diese habe bestimmte Erfahrungswerte auf die man zurückgreifen sollte. Heute würden die Mittel bereitgestellt. Aber gleichzeitig sei noch nicht endgültig, in welcher Form die Maßnahme umgesetzt werde, sondern nur, dass sie durchgeführt werde.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung und Durchführung der Maßnahme zu.*

*Einstimmig*

TOP 14	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
TOP 14a)	<p><b>Umsetzung des Car-Sharing Aktionsplans</b>          -22-</p>	BdV schriftlich

**Die ursprünglich vorgesehene Präsentation wird diesem Protokoll beigelegt.**

**Herr Senator Dr. Lohse** führt aus, dass Cambio inzwischen über 10.000 NutzerInnen habe. Damit komme man dem Ziel von 20.000 NutzerInnen bis 2020 Jahr für Jahr in großen Schritten näher. Kontinuierlich würden weitere Mobilpünktchen eingerichtet und damit komme man beim weiteren Ausbau des Netzes gerade in den am Rande gelegenen Stadtteilen systematisch voran.

**Herr Gottschalk** stellt fest, dass dies insgesamt ein Bericht über einen Erfolg sei. Er halte jedoch die Auswertung für optimierungsfähig. Von den Cambio- NutzerInnen hatten 38% vorher ein Auto. Davon würden 70% ihr Auto abgeben, was sehr eindrucksvoll sei. Aber es bleibe offen, was mit den 62%, die vorher kein Auto hatten, sei. Sicher wären dabei eine ganze Menge, die durch Cambio auf die Anschaffung eines Autos ganz verzichten würden. Wenn man diesen Anteil in der Auswertung berücksichtigen könnte, dann wären die Vorteile aus dem Car-Sharing für diese Stadt an Ersparnissen, an Raum, an Emissionen, weitaus größer und eindrucksvoller. Die reine Anzahl der NutzerInnen gebe keinen Aufschluss darüber, welche Nutzergruppen man gewinne. Dazu sollte mit den Anbietern gesprochen werden, um das erhobene Datenmaterial zu verbessern.

**Herr Saxe** merkt an, dass Bremen viel erreicht habe und damit im Bund und auch europaweit Anerkennung finde. Der zugrundeliegende Antrag hatte das Ziel, das Car-Sharing auf alle Stadtteile auszuweiten. In der Vorlage stehe, dass zeitlich begrenzte und sich reduzierende Betriebskostenzuschüsse für eine Anlaufphase geprüft würden. Das sei ein guter Ansatz. Die Stellplatzverordnung ermögliche die Ablösung von Stellplätzen zugunsten ökologisch sinnvoller Mobilitätskonzepte. Er möchte wissen, ob geplant sei, dies auszuweiten.

**Herr Glotz-Richter** erläutert, dass man sicher die Zahlen noch verbessern könne. Das Problem sei aber, dass solche Aussagen weniger belastbar seien. Daher habe man in der Vorlage nur die Zahlen verwendet, die hochbelastbar seien. Eine weitere Differenzierung z.B. nach Bildungsstand, Geschlecht oder Stadtteilen wäre auf der vorhandenen Datenbasis durchaus möglich, würde aber sehr weit führen. Daten seien seitens Cambio genug vorhanden, von anderen Anbietern erhalte man wenig bis gar keine Daten.

Man habe eine Mischung von privaten und gewerblichen Nutzerinnen und Nutzern. Diese hätten verschiedene Verhaltensmuster. Für einen Car-Sharing Betreiber sei eine gewerbliche und private Nutzungsmischung in einem Gebiet optimal, weil damit eine bessere Auslastung der Fahrzeuge erreicht werde. Gewerbliche Nutzerinnen und Nutzer hätten die Nachfrage wochentags und tagsüber, während private eher abends und am Wochenende nachfragen. In den Randlagen gebe es entweder eher nur private Nutzer in den Wohngebieten oder eben nur gewerbliche Nutzer in den Gewerbegebieten. Die Ausdehnung auf das gesamte Stadtgebiet sei vor allem eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Wenn es an bestimmten Standorten Zuschüsse geben sollte, dann müssten die Standorte ausgeschrieben werden. Es werde über einen sich abbauenden Zuschuss, z.B. über fünf Jahre nachgedacht. Das bedeute, nach fünf Jahren müsste die Station in der Wirtschaftlichkeit sein, sonst sei sie dort nicht möglich.

Die Möglichkeit der Stellplatzverordnung, ein Mobilitätsmanagement zu integrieren, werde angenommen. Dies sei auch ein Beitrag zum kostengünstigen Wohnungsbau, weil einmal die Ablöse niedriger sei, als die reelle Herstellung von Stellplätzen und natürlich Kosten, die mit dem Auto verbunden seien, durch Car-Sharing deutlich geringer seien.

**Herr Dr. Steinbrück** regt an, darauf zu achten, dass auch Automatikfahrzeuge im Angebot der Car-Sharing-Anbieter aufgenommen werden, da manche Menschen aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nur Automatikfahrzeuge fahren könnten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 14b)</b>	<b>Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung: Sachstandsbericht Projekte des Ressorts UBV</b> -02-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

*verschoben*

<b>TOP 14c)</b>	<b>„Klimapakt“ für den Nordwesten</b> -02-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 14d)</b>	<b>Optionen für das Vorhaben "Waller Wied"</b> -62-	BdV schriftlich	
-----------------	--	--------------------	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 14e)	Umsetzung des Positionspapiers Kaisenhäuser - 6 -	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** führt aus, dass die Stadt über Jahre hinweg Abrissvereinbarungen mit Eigentümern abgeschlossen habe, aber nicht hinterher gekommen sei, diese Gebäude auch abzureißen. Dies habe dazu geführt, dass viele Gebäude verfallen seien, was zu negativen Effekten für die Gebiete geführt habe. Bauwürdige Gebäude sollten nach wie vor abgerissen werden. Aber diese Abwärtsspirale müsse aufhören und es dürften nicht weiter intakte Häuser abgerissen werden oder aufgrund von Abrissvereinbarungen verfallen. Es sei auch wichtig, dass die Ehepartner der Auswohnberechtigten ebenfalls eine eigene Auswohnberechtigung bekommen. Bei der Erstellung des Kleingartenplans 2025 gehe es auch darum, wie mit Kaisenhäusern umgegangen werden sollte, gerade auch mit denen, die zu groß seien. Solange diese intakt seien, sollten sie für eine kleingärtnerische Nutzung erhalten bleiben. Der Kleingartenplan 2025 solle zusammen mit dem Landesverband der Gartenfreunde, mit den Beiräten und den Interessengemeinschaften der Parzellenbewohner erarbeitet werden. Dies entkräfte einige Befürchtungen und Argumente des Landesverbandes. Der Pachtzins werde entgegen der Postkartenaktion des Landesverbandes eben nicht aufgrund des Positionspapiers bzw. durch die Erhaltung von intakten Häusern erhöht. Wenn man, auch im Interesse der Kleingartenvereine, diese Abwärtsspirale stoppen wolle, müssten sich alle wieder aufeinander zu bewegen. Die Kleingartengebiete sollten erhalten und positiv entwickelt werden. Dazu müsse man einen gemeinsamen Weg finden.

**Herr Pohlmann** erklärt, dass dieses Positionspapier ein Angebot und ein praktikabler Weg sei, um die Entwicklungsmöglichkeiten in den Kleingartengebieten zu verbessern. Man sei nicht für das Wohnen in Kleingartengebieten. Die aktuelle Situation im Umgang mit den Kaisenhäusern, müsse praxisnah gelöst werden. Dafür sei die Vorlage als erster Arbeitsschritt gut – auch wenn sie sehr spät vorgelegt werde. Nun müsse man sich lösungsorientiert zusammensetzen und nicht nur bei der Entwicklung des Kleingartenplans 2025, gemeinsam mit den Kleingartenvereinen, mit dem Landesverband, mit allen Interessenverbänden, mit den betroffenen Beiräten, sondern jetzt schon mit den Kleingartenvereinen das Gespräch zu suchen. Dies sei eine Arbeitsvorlage und hier sei Bürgerbeteiligung unbedingt angebracht.

**Herr Senator Dr. Lohse** kündigt an, dass in einer der nächsten Ausgaben des „Gartenfreund“ eine Richtigstellung abgedruckt werde. Dieser Prozess dürfe nicht mit Erwartungen überfrachtet werden, die nicht mehr handhabbar seien. Man müsse sich auf klare Dinge verständigen. Ein Aspekt sei z.B. die Obergrenze der Bebauung. Man müsse sich auf bestimmte Maximalabmessungen verständigen, damit eine kleingärtnerischen Nutzung möglich sei. Die vorgestellte Regelung diene als Übergangslösung bis der Kleingartenplan 2025 vorliege.

Beschluss:

*Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Stadtentwicklung und Energie nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 14f)	Sachstandsbericht zu den Planungen am Bahnhof Blumenthal - BBN-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

TOP 14g)	Errichtung von Fahrradständern auf Antrag von Bürgerinnen und Bürger -ASV-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

**Herr Saffe** möchte wissen was ein komplexer Fall sei. Es gehe darum, dass anstelle eines Autos ein paar Fahrradbügel aufgestellt werden, was ihm nicht sehr komplex erscheine. Er erinnert an ein Gespräch über einen interaktiven Stadtplan auf dem die Bürgerinnen und

Bürger anklicken könnten wo Fahrradstellplätze nötig seien. Eine offensivere Möglichkeit wäre ein Hinweis z.B. im Stadteilkurier, wie und wo Bürgerinnen und Bürger Vorschläge einreichen können. Es gehe nicht nur darum, sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen. Abgestellte Fahrräder würden auf dem Bürgersteig Behinderungen und Barrieren darstellen. Fahrradbügel seien folglich auch ein probates Mittel, um Barrierefreiheit zu schaffen.

Die Frage, ob Fahrräder legal auf einem Parkplatz für Autos abgestellt werden können, wird bilateral beantwortet.

**Herr Saxe** weist auf eine fehlende Seite der Richtlinie für die Einrichtung von Fahrradparkplätzen in der Stadtgemeinde Bremen hin.

**Frau Pieper** erklärt, dass im Verfahren verschiedene Einrichtungen zu beteiligen seien und es je nach Anzahl der Beteiligten unterschiedlich schnell verlaufe. In die erforderliche Abwägung fließe z.B. auch mit ein, ob Autoparkplätze entfallen oder ob im fraglichen Bereich sehr viele Fahrräder an den Zäunen abgestellt werden und dadurch der Gehweg zu schmal werde.

**Herr Senator Dr. Lohse** kündigt an, dass zum 16.2.2015 die Stelle einer Fahrradbeauftragten beim Amt für Straßen und Verkehr besetzt werde und dann eine Ansprechperson speziell auch für solche Fragen zur Verfügung stehe.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 14h)</b>	<b>Effizienz des Fuhrparkmanagements der öffentlichen Verwaltung verbessern</b> - 22 -	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Saxe** stellt fest, dass noch vieles verbesserungsfähig sei. Gerade beim Car-Sharing könnte man noch besser werden. SUBV habe die Leasingflotte zugunsten des Car-Sharing aufgegeben und spare damit Geld und Stellplätze und tue etwas für die Umwelt. Er wirft die Frage auf, was andere Ressorts in Sachen Car-Sharing tun würden. Dies sei ein Zwischenbericht und er erwarte nach einer gebührenden Zeit einen weiteren Zwischenbericht, um die Fortschritte darzustellen.

**Herr Gottschalk** schlägt vor, dass das Ressort den wirtschaftlichen Gewinn durch das Car-Sharing darstellen sollte. Wenn dieser eindrucksvoll sei, kämen die anderen Ressorts unter Druck.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 14i)</b>	<b>Blumenthaler Heizkraftwerk – Ergebnisse der Untersuchungen im Zusammenhang mit den rosafarbenen Dampfvolken im August 2014</b> -22-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Frau Dr. Schaefer** weist darauf hin, dass es richtig und wichtig sei, die Hinweise und Sorgen der Bevölkerung vor Ort ernst zu nehmen. Auch wenn in diesem Fall die Ursache nicht eindeutig geklärt werden konnte, sei zumindest die Vorsorge und Überwachung insgesamt verbessert worden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 14j)	<b>Umweltzustandsbericht 2015: Umwelt in Bremen und Bremerhaven</b> -20-3-	BdV schriftlich	L/S
----------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 14k)	<b>Bericht zur Situation des Jacobs-Kreuzkraut</b> -3-	BdV schriftlich	L/S
----------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 14l)	<b>Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV</b> -5-	BdV schriftlich	L/S
----------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

TOP 14m)	<b>Windabhängige Geschwindigkeitsregulierung auf der A 1</b> -5-	BdV schriftlich	
----------	---	--------------------	--

**Herr Saxe** berichtet, dass Anwohner an der A1 darüber klagten, dass bei bestimmten Windrichtungen der Lärm der Autobahn stärker empfunden werde. Dies sei nachvollziehbar, wenngleich dazu bisher wenig Forschungsergebnisse vorlägen. Daher regt er an, den Beschlussvorschlag zu erweitern und ein Forschungsprojekt zu initiieren. Der Einbau von offenporigem Asphalt (OPA) würde die Menschen zusätzlich um ca. 2,8 db(A) entlasten. Allerdings müsse eine Finanzierung mit dem Bund ausgehandelt werden. Zusammen mit **Herrn Liess** schlägt er daher vor, zu beschließen, dass sich Bremen grundsätzlich bei anstehenden Sanierungen für den Einbau von OPA einsetzen solle, sofern es finanziell darstellbar sei.

**Herr Strohmann** findet den Antrag grundsätzlich gut. Allerdings sollte dies nicht dazu führen, die Verantwortung für den Lärmschutz gänzlich auf den Bund zu schieben. Und es müsse berücksichtigt werden, dass der Einbau von OPA zu kürzeren Reparaturintervallen führe, die auch Auswirkungen auf die Baustellensituation vor Ort hätten.

**Herr Polzin** erläutert, dass die Forschung zu den Deckschichten voranschreite und aktuell in die Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen übertragen und zum Jahresende als Berechnungsbestandteil in der Verkehrslärmschutzverordnung umgesetzt werden solle. Zurzeit bestehe aber, wie dargestellt, keine Rechtsgrundlage für den Einbau, weil die Lärmsanierungsgrenzwerte nicht überschritten würden. Daher habe man auch für windabhängigen Lärmschutz keine Handhabe. Man bewege sich im Bereich des freiwilligen Lärmschutzes.

Auf Antrag von **Herrn Saxe und Herrn Liess** ergänzt die Deputation den Beschlussvorschlag *einstimmig* um die unten stehende Ziffer II.

Beschluss:

- I. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.
  
- II. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr und Energie bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, sich
  1. bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) für ein Forschungsprojekt "windabhängige Geschwindigkeitsregulierung" einzusetzen
  
  2. sich beim Bund für die grundsätzliche Verwendung von lärmindernden Deckschichten bei der grundhaften Erneuerung von Autobahnen einzusetzen, weil dies Lärmentlastungen führt. Mit dem Bund ist insbesondere über die Aufteilung der Mehrkosten und ggfls. über die Unterhaltungsmehrkosten zu verhandeln.

Einstimmig

<b>TOP 14n)</b>	<b>Horn-Lehe - Verkehr Mühlenviertel / Kreuzung Leher Heerstraße/Berckstraße / Anbindung Wohnpark Achterdiek</b> -5-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

**Herr Pohlmann** ist nicht zufrieden mit dem Bericht, insbesondere da die zeitliche Perspektive fehle. Nicht nur im Mühlenviertel, sondern insgesamt gebe es in Horn durch zunehmende Verkehre dringenden Handlungsbedarf. Der Linksabbieger im Kreuzungsbereich Horner Kirche/ Leestra sei ein Problem und führe zu erheblichem Rückstau. Die Kritik des Beirats und der Bevölkerung sei absolut berechtigt. Er hätte es gut gefunden, wenn von Seiten des Ressorts schon eher gehandelt würde. Insgesamt müsse dort etwas passieren.

**Frau Dr. Schierenbeck** ergänzt, dass der Bereich nicht fahrradfreundlich sei. Wenn dort etwas gemacht werde, dann sollte man auch die Fahrradführung verbessern.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<b>TOP 14o)</b>	<b>Konkreter Planungsstand von Studierendenwohnungen in Bremen</b> -7-	BdV schriftlich
-----------------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.

<b>TOP 14p)</b>	<b>Sachstand GEWOS-Gutachten</b> - 7-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

**Herr Pohlmann** führt aus, dass mit dieser wissenschaftlichen Untersuchung gerade hinsichtlich der Einwohnerentwicklung wichtige strukturelle Erkenntnisse erzielt würden. Hier werde ganz detailliert eine Prognose bis zum Jahr 2030 abgegeben, die bestätige, dass Bremen eine wachsende Stadt sei. Das GEWOS- Gutachten komme zu der Einschätzung, dass dazu 19.000 Wohnungen geschaffen werden müssten. Man brauche Wachstum in Bremen, Wachstum für den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und mehr Arbeitsplätze. Er möchte

wissen, wie diese 19.000 WE mit den 30+ Flächen im Rahmen einer Innenentwicklung in Einklang gebracht werden können. Auch unter fiskalischen Aspekten sei es wichtig, dass Bremen so viele neue Einwohnerinnen und Einwohner wie möglich hinzugewinne. Es sei auch wichtig und gut, weitere Industrien und Dienstleistungsbetriebe heranzuholen, damit die Menschen auch Arbeit haben. Man müsse sich die Frage stellen, ob die Flächen dafür ausreichen. Er glaube dies nicht. Man müsse auch über Randbereiche der Osterholzer Feldmark nachdenken.

**Herr Senator Dr. Lohse** erklärt, dass bei der Entwicklung der konkreten Projekte auf diesen Flächen z. T. eine erheblich größere Anzahl an WE realisiert würde, als ursprünglich vermutet. Etwa die Hälfte des Wohnungsneubaus finde zudem auf Brachflächen und im Innenbereich statt, auf Flächen, die nicht gezielt vom Ressort als Flächen entwickelt und vorangetrieben werden. Die 30+ Liste werde kontinuierlich um neue Flächen erweitert, inzwischen beinhalte sie über 40 Flächen. Das Gutachten werde im Ressort bewertet und Grundlage der weiteren Arbeit in diesen Themenfeldern sein. Es bestätige bisher im Wesentlichen den Kurs des Ressorts in den letzten Jahren.

**Herr Werner** ergänzt, dass es unstrittig sei, dass die 30+ Flächen allein nicht ausreichen werden. Diese Liste werde daher aktualisiert und fortgeschrieben, sie sei eine dynamische Liste. Dies werde im Gutachten auch so ausgeführt. Außerdem werde dort neben den Flächen der Liste auf die im Bremer Bündnis für Wohnen beschlossenen, wegweisenden Pilotprojekte als zielführende Beispiele zur Innenentwicklung hingewiesen. Im Prozess zum Flächennutzungsplan seien einige weitere Wohnbauflächen erkannt worden, wie das vordere Woltmershausen, der Hafen in Woltmershausen. Was aus dem Gutachten hervorgehe, sei, dass Wohnungsbedarf in zentralen Lagen bestehe. Die Menschen wollen eine gute Nahversorgung, kurze Wege und nah bei der Arbeit wohnen. Zunehmend würden kleine Wohneinheiten gesucht. Es ziehe die Menschen immer mehr in die City und nicht auf die grüne Wiese. In den Stadtteilen seien große Potenziale vorhanden, die über die 30+ Flächen hinausgingen.

**Frau Prof. Dr. Reuther** erläutert, dass das GEWOS Gutachten eine Wohnungsmarktprognose mit dem Blick auf das Jahr 2030 erstellt habe. Nun stehen die Erarbeitung einer Wohnungsbaukonzeption und die Wohnungsbauoffensive an. Diese hingen mit der 30+ Liste zusammen. Es sei damals ausgewählt worden aus den mehr als einhundert Wohnbauflächen, die man bereits 2009 identifiziert habe. Inzwischen seien es mehr als 40 Flächen und es kämen immer noch weitere hinzu, die prioritär zu entwickeln seien. Das Augenmerk liege auf integrierten, gut erschlossenen Standorten. Aber vor allem würden mit den beschlossenen Pilotprojekten insbesondere große Wohnbauflächen angegangen. Bei diesen ausgewählten Wohnbauflächen sei beispielhaft ein wichtiges Projekt anzuführen: Gartenstadt Werdersee. Diese Fläche sei 2009 mit ca. 200 Wohnungen kalkuliert worden. Es wurde, wie bei allen Wohnbauflächen, ein städtebauliches Konzept entwickelt. Inzwischen würden dort, auch unter der Maßgabe der Unterbringung von sozialem Wohnungsbau in einer entsprechenden Größenordnung, mehr als 550 Wohnungen geplant. Eine ähnliche Erfahrung mache man bei der Entwicklung des Büro- und Wohnparks Oberneuland. In der Überseestadt seien 250 Wohnungen in einem einzigen Quartier an der Markuskaje im Bau. An der Hafenkante würden weitere Wohnquartiere gebaut, die vergleichbare Wohnungen generieren. Mit den ausgewählten Flächen könne man sehr viele Wohnungen schaffen an unterschiedlichen Stellen. Man habe leistungsfähige Flächen. In einem nächsten Schritt sei zu evaluieren und zu präzisieren. Bezogen auf den Flächennutzungsplan gehe es vor allem um die Entwicklung der Bestände. Mindestens die Hälfte aller Wohnungen, zu denen Bauanträge gestellt werden, die auch genehmigt und gebaut würden, seien „§ 34 Flächen“, also Flächen ohne Bebauungsplan. Diese seien entsprechend auch nicht in der 30+ Liste enthalten. Insofern ist es wichtig, nicht nur über eine Fläche zu sprechen, sondern immer den gesamtstädtischen Ansatz mit diesen Standorten im Blick zu behalten.

**Herr Saxe** befürwortet eine gesamtstädtische Sicht, zu der auch Grünflächen und Feuchtgebiete gehören. Man brauche auch diese Frischluftschneisen, damit man nicht in der Zukunft Problem wegen Hitze haben werde. Brokhuchting sei nicht nur ein künstliches Feuchtgebiet, sondern auch ein Überschwemmungsgebiet. Das habe eine ganz bestimmte Funktion in der Stadt. Bei einer Bebauung der Osterholzer Feldmark seien starke gerichtliche Auseinandersetzungen

zungen zu erwarten, so dass man sich auf die Sachen beschränken sollte, die problemlos umzusetzen seien. Davon habe man genug, wie eben dargestellt.

**Herr Imhoff** kritisiert, dass die Wohnungsbauoffensive für ihn keine Offensive gewesen sei. Unter offensiv stelle er sich etwas anderes vor. Das GEWOS- Gutachten zeige deutlich, auf Dauer würden diese 30+ Flächen nicht reichen. Im Flächennutzungsplan seien 110 ha weniger Baufläche in Bremen ausgewiesen. Innenentwicklung alleine reiche nicht aus. Man müsse einen Schwerpunkt setzen und vernünftige Wohnungsbaupolitik machen mit Flächenausweisungen.

**Herr Senator Dr. Lohse** stellt fest, dass in Bremen eine vernünftige Wohnungsbaupolitik gemacht werde und alle Ziele auch realisiert würden. Es werde sogar mehr gebaut, als man sich vorgenommen habe und es werde auch weiterhin mehr gebaut werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 14q)</b>	<b>Wohnraumförderprogramm</b> -7-	BdV <b>mündlich</b>	L/S
-----------------	--------------------------------------	------------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht zur Kenntnis.*

<b>TOP 15</b>	<b>Verschiedenes</b>		
---------------	----------------------	--	--

**Berichtswunsch zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Sachstand Umbau Osterfeuerberger Ring</b>	Berichtswunsch von <b>Herrn Pohlmann</b>	<b>30.04.2015</b>
--	--	-------------------

**Herr Senator Dr. Lohse** schließt die 41. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll



# Car-Sharing-Entwicklung in Bremen



Zum Bericht der Verwaltung

Michael Glotz-Richter

Der Senator für Umwelt,  
Bau und Verkehr



Freie  
Hansestadt  
Bremen

# Car-Sharing Aktions-Plan Bremen (2009)



Ziel 2020:

Bremen, 11.09 2009

Der Senator  
für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

Tel.: 361- 6703 (Hr. Glotz-Richter)  
Tel.: 361-10859

Deputation für Bau und Verkehr (S)  
Deputation für Umwelt und Energie (S)

- mindestens **20.000** NutzerInnen

Vorlage Nr.: 17/ 120 (S) U+E

- ersetzen **> 6.000** PKW

Vorlage  
für die Sitzung der Deputation für Bau und Verkehr (S)  
am 17.09.2009

und

Vorlage  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt und Energie (S)  
am 14.09.2009

Aktionsplan „Car-Sharing für Bremen“

A) Sachdarstellung

Am 05.02.2009 bzw. 12.02.2009 haben die Deputation für Bau und Verkehr (S) bzw. die Deputation für Umwelt und Energie (S) den Bericht der Verwaltung zur „Einführung von Car-Sharing“ zur Kenntnis ge-

# Car-Sharing in Bremen



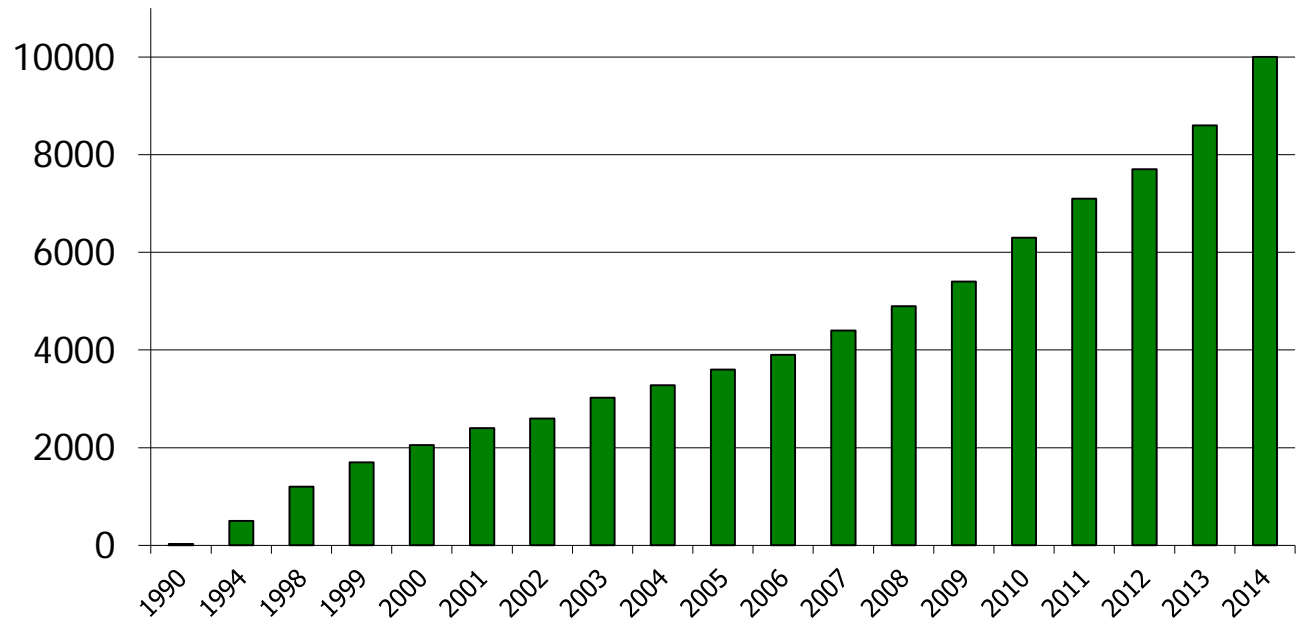
3 Stationen (Hbf, Hansator,..) / 9 Fahrzeuge



7 Stationen (Uni, Nehlsen, Vahr) / ~ 250 NutzerInnen



55 Stationen / ~210 Fahrzeuge / ~ 10.000 NutzerInnen



# Car-Sharing Aktions-Plan Bremen

- Car-Sharing Stationen
- Integration Neubauvorhaben
- Integration ÖV
- Flottenmanagement
- Awareness + Information

Bremen, 11.09 2009

Tel.: 361- 6703 (Hr. Glotz-Richter)  
Tel.: 361-10859

Deputation für Bau und Verkehr (S)  
Deputation für Umwelt und Energie (S)

Vorlage Nr.: 17/ 295 (S) B+V  
Vorlage Nr.: 17/ 120 (S) U+E

Vorlage  
für die Sitzung der Deputation für Bau und Verkehr (S)  
am 17.09.2009

und

Deputation für Umwelt und Energie (S)  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt und Energie (S)  
am 24.09.2009

Aktionsplan „Car-Sharing für Bremen“

A) Sachdarstellung

Am 05.02.2009 bzw. 12.02.2009 haben die Deputation für Bau und Verkehr (S) bzw. die Deputation für Umwelt und Energie (S) den Bericht der Verwaltung zur „Einführung von Car-Sharing-Stationen“ zur Kenntnis ge-

# Auswirkungen ('cambio' Bremen)

Mehr Nutzung von ÖV und Rad

Auswahl

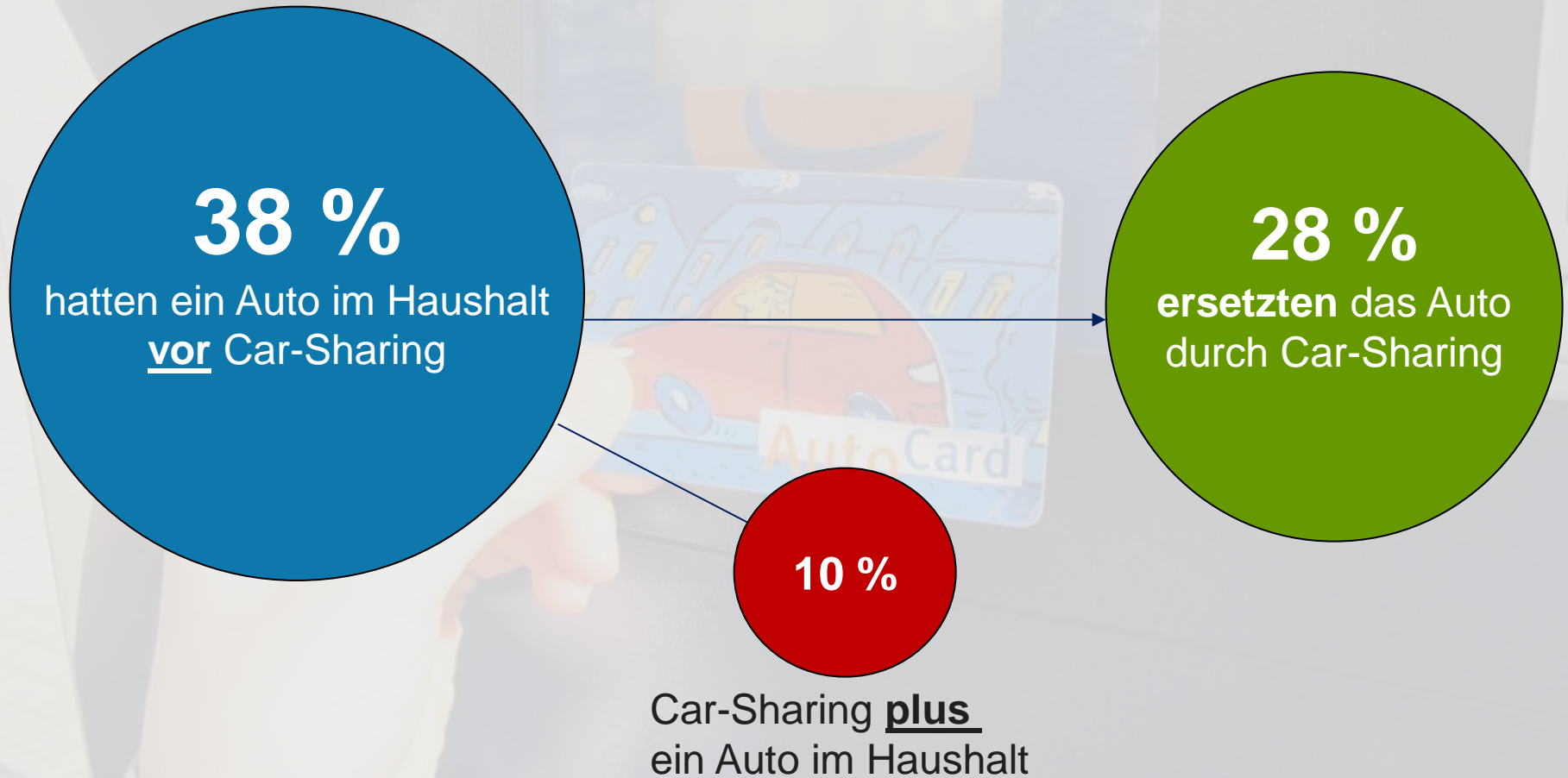
Bessere Autos

cambio CarSharing	
Fahrzeuge	
Preisklasse	
XS	 Citroen C1
S	   
	 
M	   
	
L	  



# Neukundenbefragung 2014 ('cambio' Bremen)

## Ersatz von Autos:



# Neukundenbefragung 2014 ('cambio' Bremen)

## Ersatz von Autos:

Über 40 NutzerInnen  
per Car-Sharing Auto

~ 28 %

ca. 11 PKW ersetzt  
durch jeden CS-PKW  
in Bremen

**28 %**  
ersetzen das Auto  
durch Car-Sharing

## Auswirkungen ('cambio' Bremen)

Jedes Car-Sharing Auto ersetzt **11** private PKW!

> 10.000 NutzerInnen (2014):  
> **2,200** private Autos ersetzt

→ Beitrag zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs





# Auswirkungen von Car-Sharing-Angeboten

- cambio Bremen

  - ~ 210 Autos

  - ~10.000 NutzerInnen

  - > 2.200 Autos ersetzt

cambio Carsharing Bremen	
Fahrzeuge in Bremen	
Preisklasse	
S	  Ford Fiesta 5-türig VW Polo
M	   Astra Kombi '11 Ford Focus 5-türig Opel Combo
	 VW Caddy
L	  Transit-Transporter Ford Transit-Bus

- Car2go Amsterdam

  - 300 Autos (el. Smart)

  - ~11.300 NutzerInnen

  - 320 Autos ersetzt



Bild:commons.wikimedia.org

## Car-Sharing Anforderungen (Stationen im öff Straßenraum)

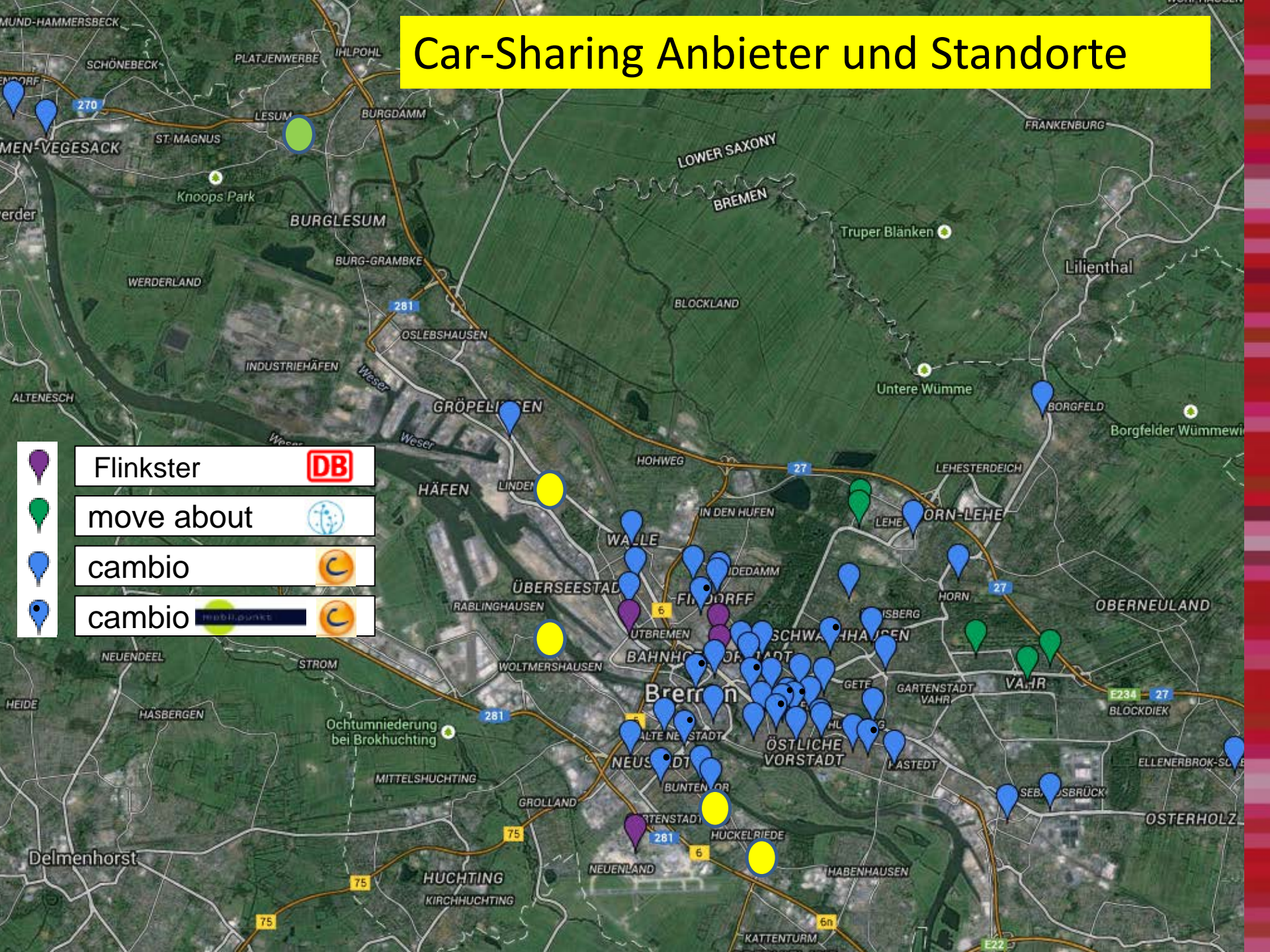
- Nachweis Ersatzquote Autos (vorher / nachher)
- Zertifizierung „Blauer Engel“ Car-Sharing (RAL – Umweltzeichen 100)

u.a. CO<sub>2</sub>-Anforderungen  
(cambio Flotte z.Zt. 106 g/km  
Vergleich Neuwagen 133 g/km)



- Sonderregelung für Elektrofahrzeuge

# Car-Sharing Anbieter und Standorte



- Flinkster 
- move about 
- cambio 
- cambio 

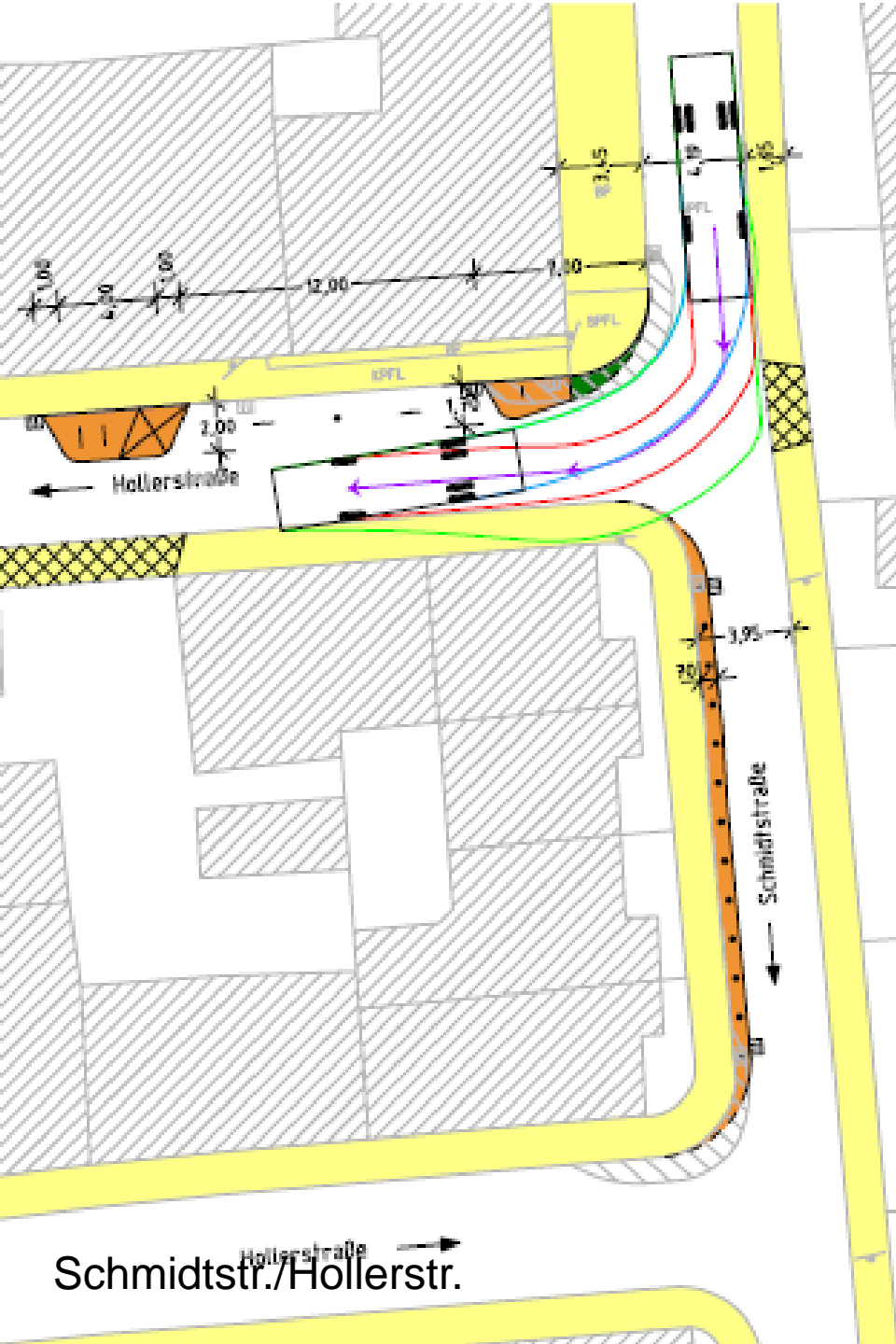
# 10 Jahre ‚mobil.punkt‘ (2013)





1	2	3	4	5	6	7	8	9
A	B	C	D	E	F	G		

18. AUG.



# Mobil-Punktchen setzt Zeichen

Umgestaltung von Kreuzung in Seitenstraßen des Viertels dient der Rettungssicherheit

VON  
BETTINA GÖSSLER

Rund 8.600 Kunden nutzen in Bremen bereits die Möglichkeit des Car-Sharings. Die meisten von ihnen leben im Viertel und haben jetzt das erste „Mobilpunktchen“ der Stadt in ihrer unmittelbarer Nähe.

STEINTOR Ein „Mobilpunktchen“ ist die kleinste Version einer Car-Sharing-Station. „An dieser Stelle sind zwei bis drei Wagen stationiert“, erklärte Kerstin Hornrighausen, Geschäftsführerin des Anbieters „Cambio“, vor der Einweihung des Standortes an der Ecke Schmidtstraße/Hollerstraße. Ein solcher trage nicht nur zu einer „nachhaltigen Mobilität“ bei, wie Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) sich ausdrückte. Er habe ganz nebenbei auch andere Vorteile. Dazu sprach „Viertelbürger-



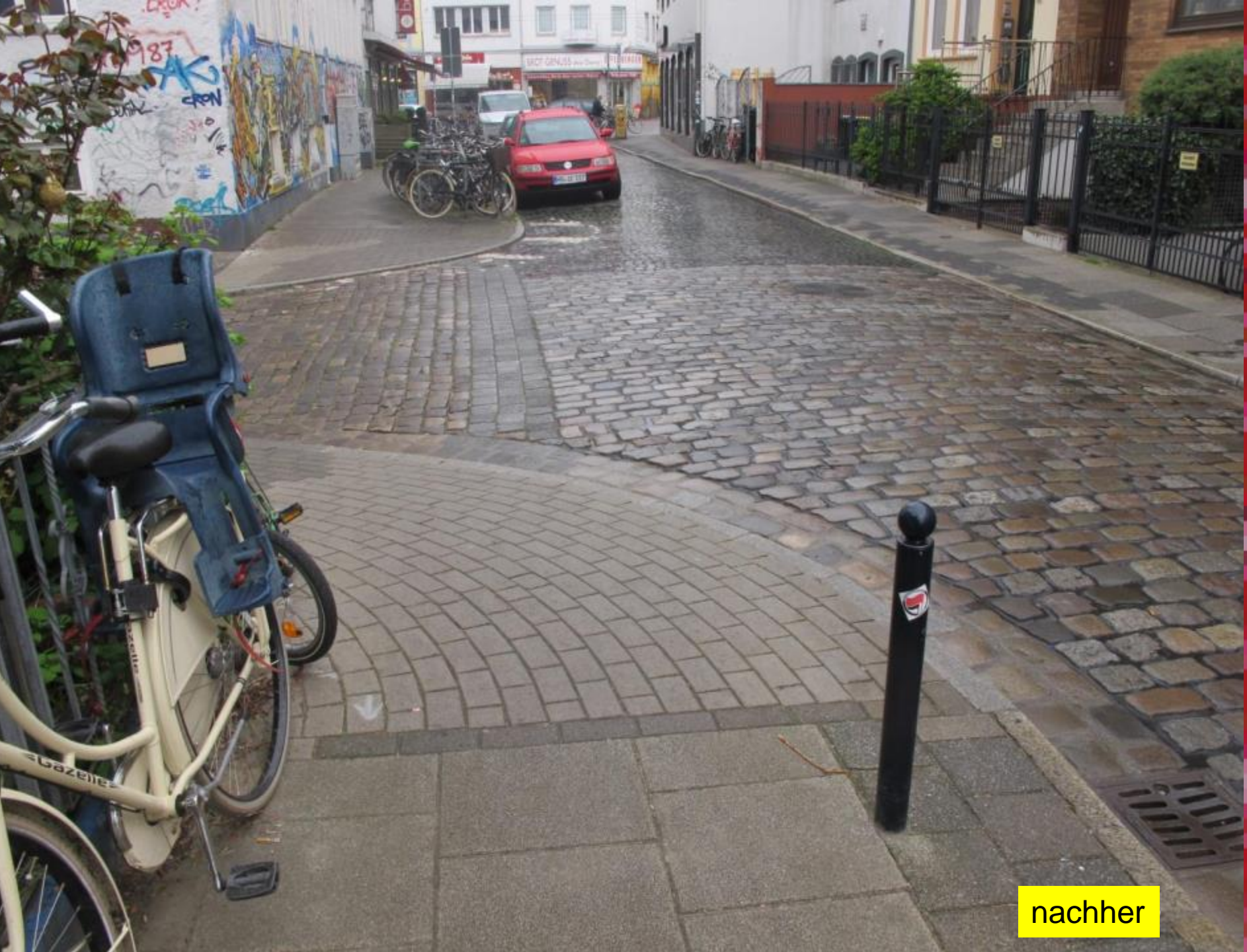
Für Rettungswagen und Müllabfuhr ist es wichtig, die Kurvenbereiche passieren zu können. An der Ecke Schmidtstraße/Hollerstraße ist das jetzt wieder möglich. Fotos: Schlie

Müllabfuhr. Das „Mobilpunkt- mehr Sicherheit.



vorher





nachher





mobil.punkt



CAR SHARING  
BREMEN





mobil.punkt

   
CAR SHARING  
BERLIN

HB CA 419



mobil.punkt

CAR-SHARING  
BREMEN

# Mobilitätsstation 'Vahr vernünftig'



# Integration Neubau („Stellplatzortsgesetz“)

BIS 2012

Stellplatzbau

oder

Ablöse  
(50% der Kosten)

In Kraft seit 1.1.2013

## Ortsgesetz über Kraftfahrzeugstellplätze und Fahrradabstellplätze in der Stadtgemeinde Bremen (Stellplatzortsgesetz Bremen - StellpLOG) Vom 18. Dezember 2012 (Brem.GBl. S. 555)

Der Senat verkündet das nachstehende von der Stadtbürgerschaft aufgrund des § 85 Absatz 1 Nummer 4 und 5 der Bremischen Landesbauordnung vom 6. Oktober 2009 (Brem.GBl.S.401 — 2130-d-1a) beschlossene Ortsgesetz:

### § 1

#### Örtlicher und sachlicher Anwendungsbereich

(1) Dieses Ortsgesetz gilt für das Gebiet der Stadtgemeinde Bremen, soweit nicht durch Bauordnungspläne oder andere städtebauliche oder als örtliche Bauvorschriften erlassene Orts-

Se



# Integration Neubau („Stellplatzortsgesetz“)

BIS 2012

Stellplatzbau

oder

Ablöse  
(z.B. 50% der Kosten)

SEIT 2013

Stellplatzbau

Ablöse  
(z.B. 50% der Kosten)

Mobilitätsmanagement

Anlage einer CS-Station

Mieter-/Jobtickets

CS-„Mitgliedschaft“

= Stundung der Ablöse

Seit 1996 auch Fahrrad-Abstellplätze enthalten

# Umsetzung Lange Reihe 28

JE SUIS CHARLIE

WESER KURIER  
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Suchbegriff eingeben

Zeitung | Lokalteil wählen

START | BREMEN | REGION | WERDER | SPORT | DEUTSCHLAND & WELT | THEMENWELT | VERLAG | SPIEL & SPAß

Politik & Wirtschaft Stadtreport Kultur & Freizeit Sport ZiSch Geschäftswelt Mittagstisch

Startseite » Bremen » Richtkranz über der Langen Reihe

Neues Studentenwohnhaus soll zum Wintersemester fertig sein



## Richtkranz über der Langen Reihe

Von Anne Gerling - 02.05.2014 - 0 Kommentare

**Zum ersten Mal seit vielen Jahren wurde am Dienstag an der Langen Reihe wieder einmal ein Richtkranz gehisst: Mit dem Neubau eines Studentenwohnhauses auf dem Grundstück Nummer 28 schließt sich seit dem Winter die letzte Baulücke an der Straße. Das Gebäude mit 13 Apartments soll zum Wintersemester bezugsfertig sein.**

Das Projekt an der Langen Reihe war für das Büro „360 Grad Architektur“ in der Überseestadt der erste Neubau-Auftrag und Dietrichs Einschätzung nach für die Architekten „nicht so ganz ohne“.

Dietrichs hat außerdem einen Kooperationsvertrag mit der Car-Sharing-Agentur „Cambio“ abgeschlossen, über den er seinen Mietern dort zu günstigen Konditionen verhelfen will.



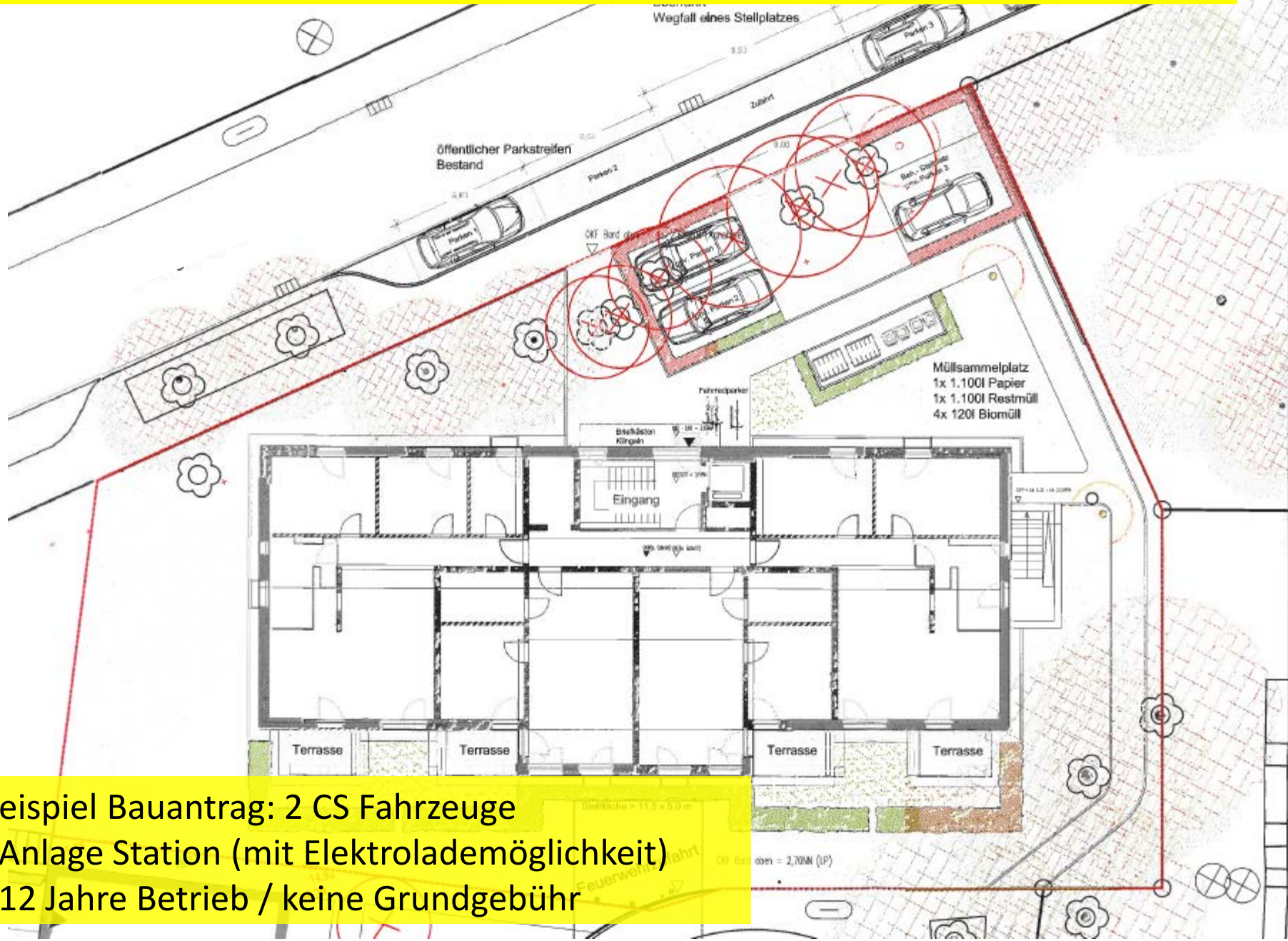
zum Wintersemester soll der Neubau an der Langen Reihe bezugsfertig sein. (Roland Scheitz)

...namens „LR 28“. Es ist knapp 14 Meter noch, nimmt mit seiner klaren und leicht herausgedrehten Fassade das Motiv des

# Umsetzung Lange Reihe 28



# Bauvorhaben mit Car-Sharing-Station



- Beispiel Bauantrag: 2 CS Fahrzeuge
- Anlage Station (mit Elektrolademöglichkeit)
- 12 Jahre Betrieb / keine Grundgebühr

# Bauvorhaben mit Car-Sharing-Station



# Bauvorhaben mit Car-Sharing-Station



A photograph of a cow running through a lush green field. The cow is in the foreground, slightly out of focus, with its head turned towards the camera. The background is a vast, green meadow with some small yellow flowers. The overall scene is bright and natural.

Vielen Dank für die  
Aufmerksamkeit

Für ein Glas Milch gleich eine Kuh kaufen?

[michael.glotz-richter@umwelt.bremen.de](mailto:michael.glotz-richter@umwelt.bremen.de)